



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION

**ESF**

Europäischer  
Sozialfonds



**Regionales  
Übergangsmanagement  
2018**

**Bundesweiter Fachkongress**

**20.-21. Juni 2018, Magdeburg**

## **Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit in der Praxis: Empirische Befunde**

**Susanne Kretschmer, Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb)**

# Empirische Basis



## Landesnetzwerkstelle RÜMSA: Fachliche Begleitung (ab 5/2015)\*

- Fachliche Begleitung vor Ort
- Teilnahme an Gremien
- Dokumentenanalyse
- Workshops Erfahrungsaustausch
- Perspektivsitzungen Standorte
- Regelmäßige Befragung Standorte
- Herausarbeitung „Gute Praxis“

## Weitere Grundlagen

- Evaluationsvorhaben am f-bb in anderen Bundesländern
- Analyse aktueller Entwicklungen
- Wissenschaftliche Befunde der letzten 25 Jahre

\*gemeinsam mit isw gGmbH



# Gibt es *DIE* Jugendberufsagentur?

# Der Übergang Schule – Beruf

besteht aus verschiedenen Lebensphasen und erfordert...

## PHASE 1: ab 7. Klasse

Kompetenz-  
erfassung

integrierte Berufs- u.  
Studienorientierung

Elternarbeit

ggf. individuelle  
Unterstützung

## PHASE 2: ab 9. Klasse

Fortführung Berufs-/  
Studienorientierung

Systematische  
Berufsberatung

Bewerbungstraining

Elternarbeit

erste  
Betriebspraktika

Ggf. individuelle  
Unterstützung

## PHASE 3: Abgangsklasse

Bewerbung

Unterstützung beim  
Übergang

Ggf. individuelle  
Unterstützung

## PHASE 4: nach Schulabschluss

Ggf. Bewerbungs- /  
Orientierungsprozess

Ggf. geeignete  
außerbetriebliche  
Angebote

Ggf. individuelle  
Unterstützung (BVB,  
abH, assistierte  
Ausbildung,  
Aktivierungshilfen,  
Schuldnerberatung  
u.ä.)

Ggf. Beratung nach  
„Abbruch“/  
Neueinstieg

## PHASE 5: nach Ausbildung

Ggf. Vermittlung in  
Arbeit

Ggf. Beratung bei  
Weiterbildung oder  
Neuorientierung

Ggf. individuelle  
Unterstützung

... differenziertes Angebot nach Zielgruppen

# Förderliche und hemmende Faktoren

- |                       |  |
|-----------------------|--|
| ▪ Aushandlungsprozess | <p><i>Positiv:</i></p> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Verantwortliche sehen Mehrwert</li><li>▪ Politische Unterstützung</li><li>▪ Gemeinsamer Gestaltungswille/Kompromissbereitschaft</li><li>▪ Frühzeitige Einbindung aller Partner</li><li>▪ Einigung über langfristige Kostenbeteiligung</li></ul> <p><i>Negativ:</i></p> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Einseitig hohe Anforderungen an den anderen Partner</li><li>▪ Verhandlungsprozesse beginnen mit gegenseitiger Kritik</li></ul> |
| ▪ Umsetzung           | <p><i>Positiv:</i></p> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Abstimmungsprozesse auf allen Hierarchieebenen</li><li>▪ Klare Rollenverteilung inkl. Koordinationsfunktionen</li></ul> <p><i>Negativ:</i></p> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Unrealistische Erwartungshaltungen, Zeitdruck</li><li>▪ Aufbauprozess während des Alltagsgeschäfts ohne zusätzliche Ressourcen</li></ul>   |

# Förderlich: Beispiel „jugendgerechte Ansprache“

## Ziel:

Aus Sicht der jungen Menschen denken. Behördencharakter aufbrechen.

## Lösungsansätze:

- Jugendaffine Homepage und Öffentlichkeitsarbeit
- Jugendgerechte Ausgestaltung des Empfangs und der Räumlichkeiten
- Einladende Sitzgelegenheiten
- W-LAN, Handyladestation
- Öffnungszeiten (nachmittags)
- Einbezug Jugendlicher in die Gestaltung  
z.B. „Ideenwettbewerb“
- Café als Empfangsbereich



Beispiel Jugendberufsagentur Berlin, Standort Lichtenberg



# Hemmend: Beispiel „mangelnde Mobilität im ländlichen Raum“

## Problem:

Eine einzige, zentrale Anlaufstelle ist nicht immer ausreichend, mit ÖPNV unter Umständen schwer erreichbar.

## Lösungsansätze:

- Etablierung mehrerer Anlaufstellen
- Ergänzung durch
  - Enge Zusammenarbeit mit lokalen Trägern und dezentrale Beratungsangebote vor Ort bei Dritten (z.B. in Schulen oder Jugendeinrichtungen)
  - virtuelle Angebote
  - Mobile Beratung mit Bus (praktische Umsetzung kompliziert)

# Wirkungen

INTERN	EXTERN
✓ Besserer Kenntnisstand, mehr Wissenstransfer und kollegialer Erfahrungsaustausch zu den Leistungen der Rechtskreise und Dritter bereits nach kurzer Zeit	✓ Beratung unter einem Dach führt zu kürzeren Wegen, mehr niedrigschwellige Angebote
✓ Höhere Beratungsqualität und Verbesserung des Angebots	✓ Feste Ansprechpartner zu Fragen rund um den Übergang
✓ Schließung von Versorgungslücken	✓ Subjektive Aussagen über höhere „Kundenzufriedenheit“
✓ Bessere Einbindung von Schule	

# Wirkungen

## Aber:

Bundesweit wenig belastbare Daten zu generellen Integrationserfolgen und z.B. kürzerer Verweildauer im Übergangssystem vorhanden.

→ Die Voraussetzungen für eine Wirkungsanalyse und die Identifikation und Erfassung geeigneter Indikatoren sind ein eigenes Thema!



# Fünf Thesen



## **These 1:**

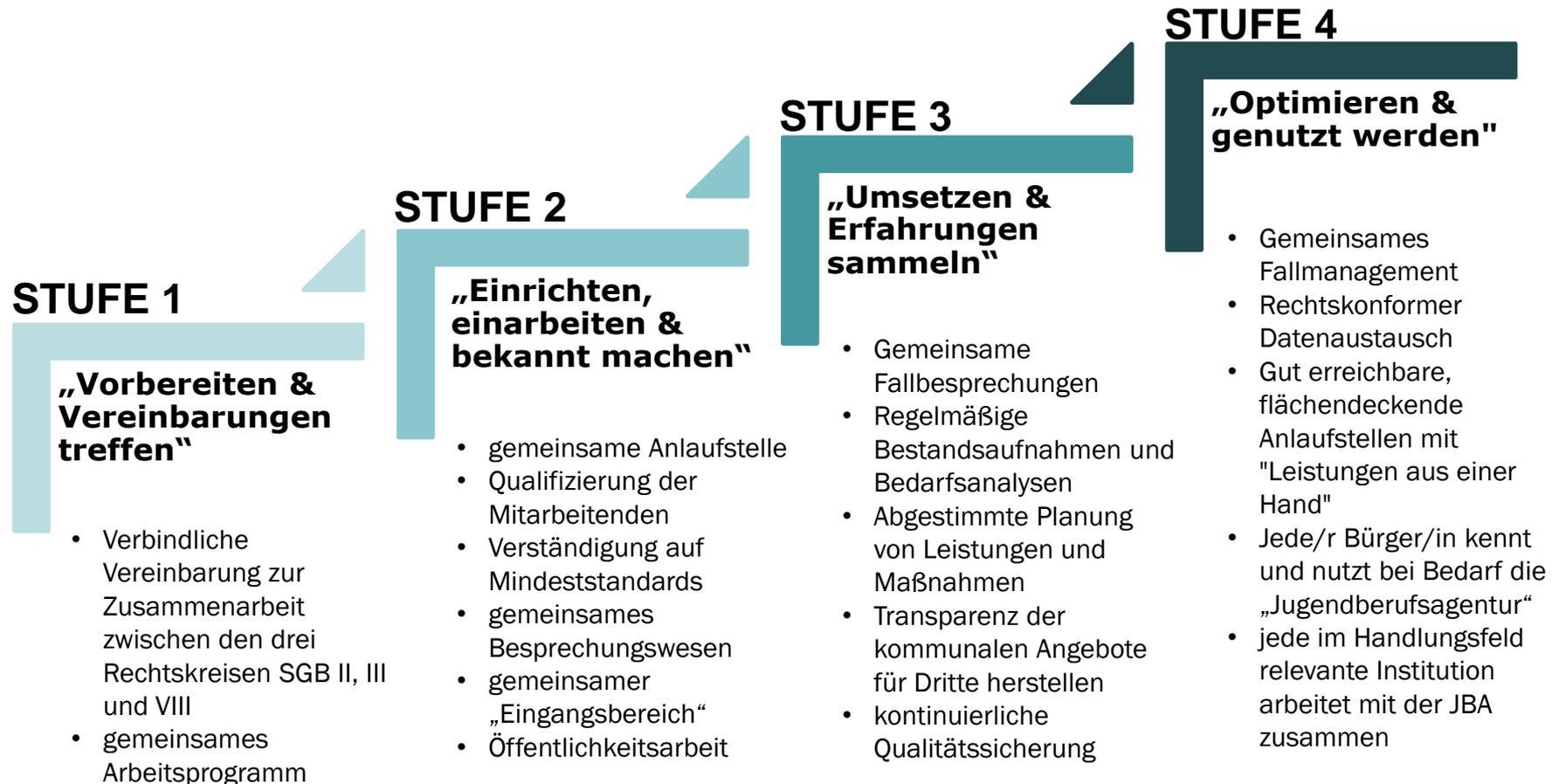
**Es braucht eine politische Akzeptanz für ein Stufenmodell.**

**Das „Erreichen“ jeder einzelnen „Stufe“ ist als Erfolg zu bewerten.**

**Dafür muss ausreichend Zeit eingeräumt werden.  
Gestalten durch Erfahrungen machen!**

**Die Erarbeitung gemeinsamer Mindeststandards gewährleistet Qualität und eröffnet regionalspezifischen Gestaltungsspielraum.**

# Stufenmodell eines Kooperationsverbundes



# Stufenmodell: Kleine Schritte führen zum Erfolg

## Erkenntnisse aus Gruppeninterviews

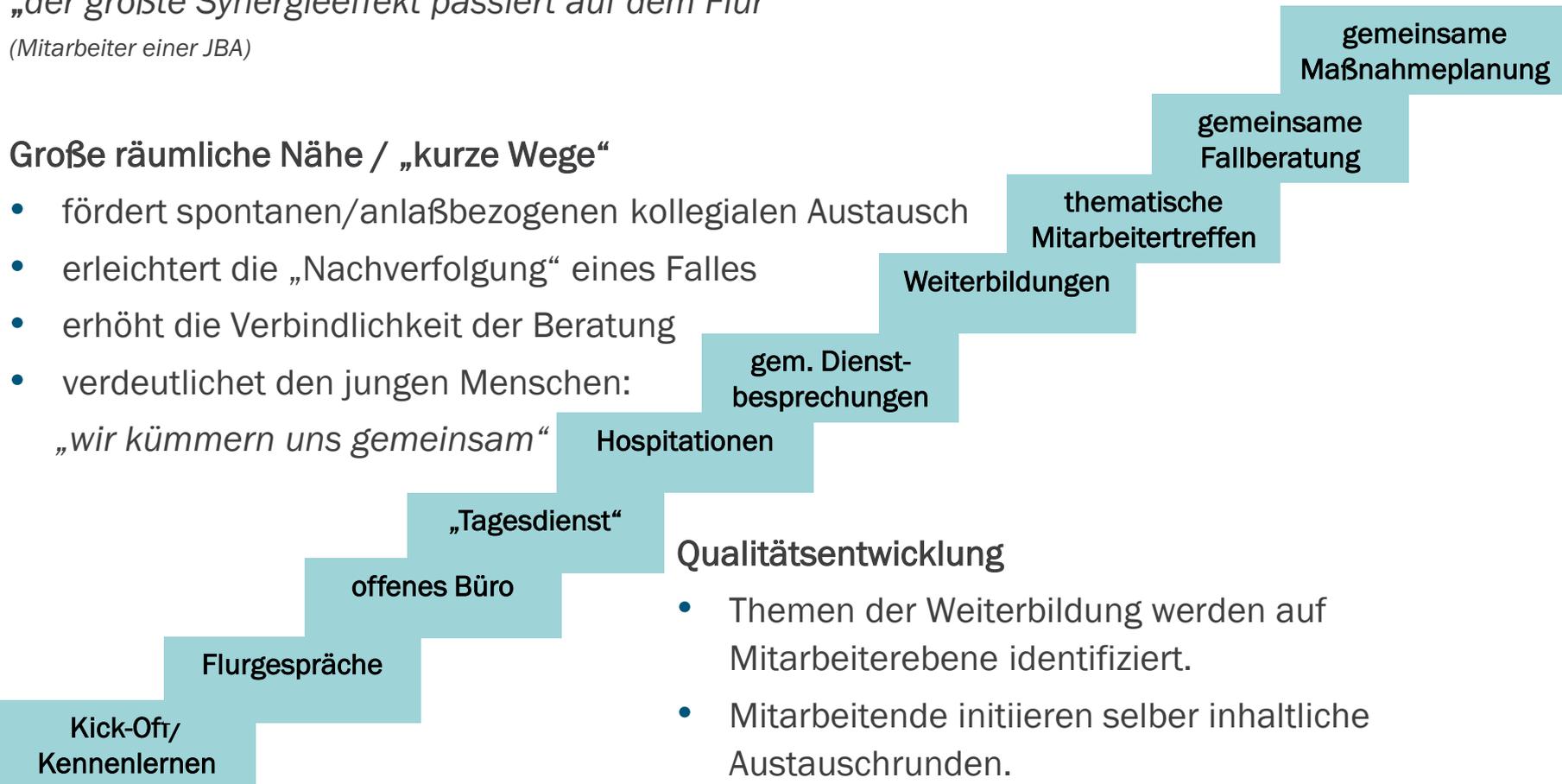
„der größte Synergieeffekt passiert auf dem Flur“

(Mitarbeiter einer JBA)

### Große räumliche Nähe / „kurze Wege“

- fördert spontanen/anlaßbezogenen kollegialen Austausch
- erleichtert die „Nachverfolgung“ eines Falles
- erhöht die Verbindlichkeit der Beratung
- verdeutlicht den jungen Menschen:

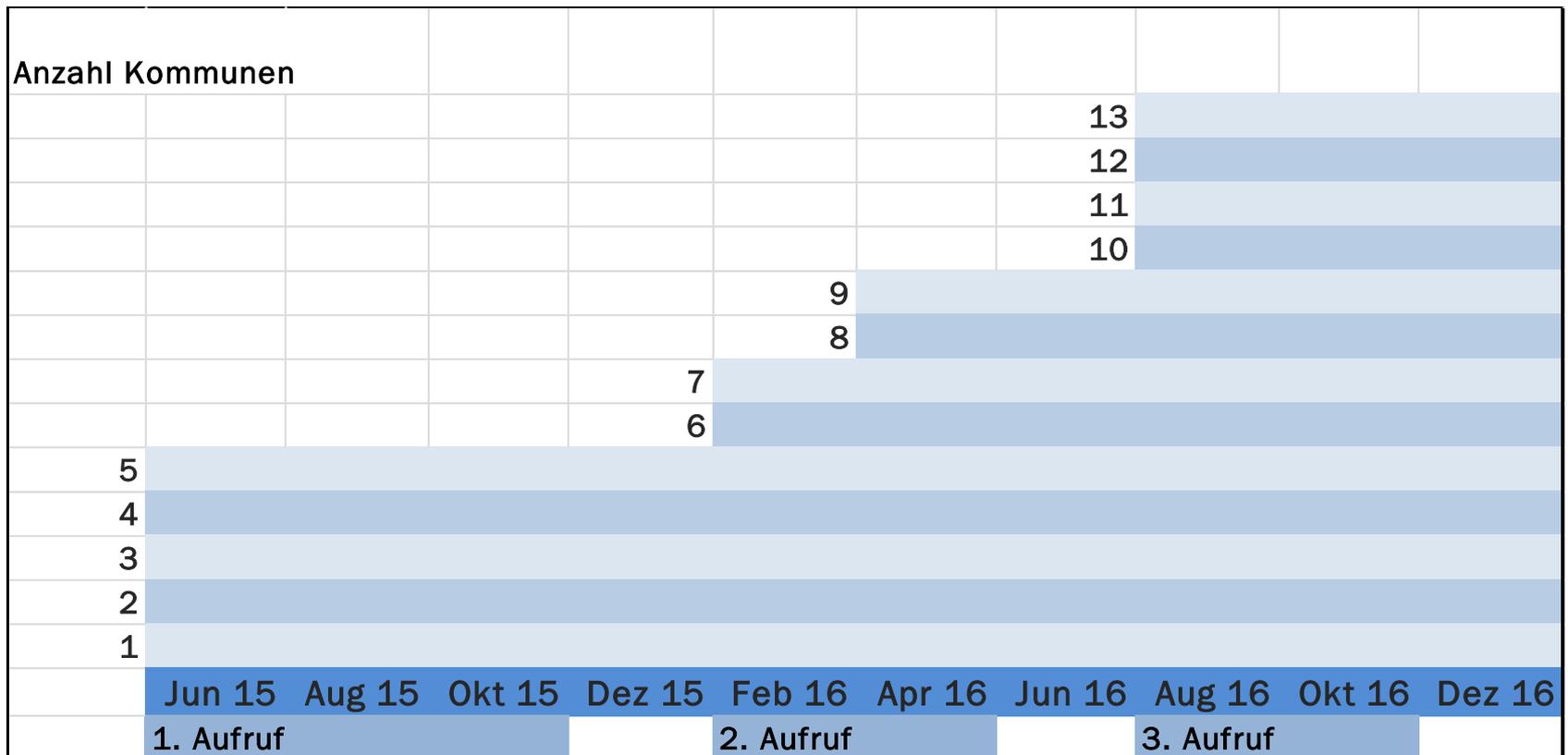
„wir kümmern uns gemeinsam“



### Qualitätsentwicklung

- Themen der Weiterbildung werden auf Mitarbeiterebene identifiziert.
- Mitarbeitende initiieren selber inhaltliche Austauschrunden.

# Sukzessive Beteiligung der Kommunen am Landesprogramm

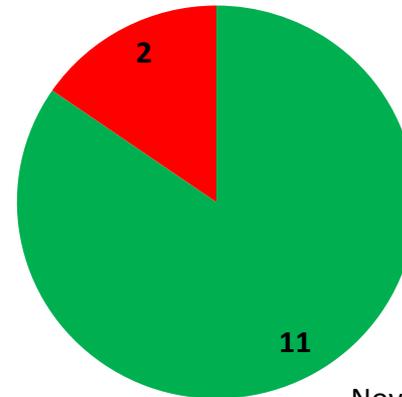


# Erste Schritte: Ziele definieren, Kennlernen und Rollen finden



Für die Rechtskreise (SGB II/III/VIII) sind jeweils konkrete Ziele definiert und Wirkungserwartungen formuliert (z.B. Senkung der Jugendarbeitslosigkeit, Schulabgänger ohne Abschluss)?

## Konkrete Ziele und Wirkungserwartungen sind definiert



- Ja
- ist in Erarbeitung
- Nein

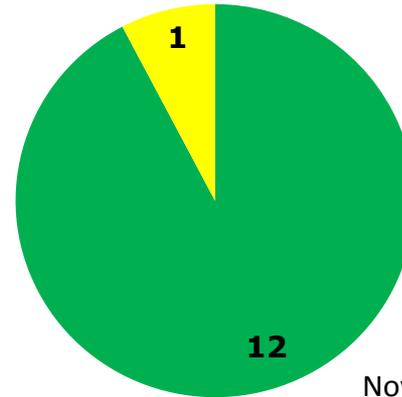
November 2017 (N=13)

# Erste Schritte: Ziele definieren, Kennlernen und Rollen finden



## Kontaktdaten der Kooperationspartner sind bekannt

Die Kontaktdaten der Kooperationspartner (rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit) sind bekannt?

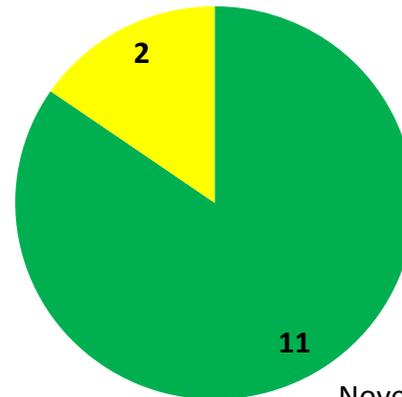


November 2017 (N=13 )

- Ja
- ist in Erarbeitung
- Nein

## Klarheit über Rolle und Beitrag der jeweiligen Akteure

Es besteht Klarheit über die Rolle und den Beitrag der jeweiligen Akteure?



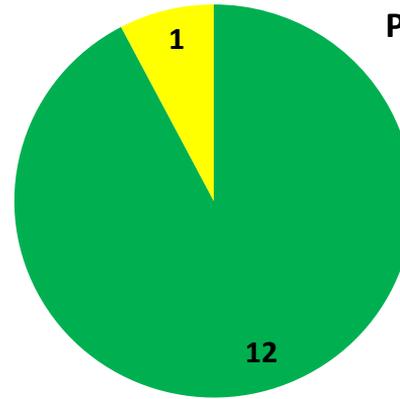
November 2017 (N=13 )

- Ja
- ist in Erarbeitung
- Nein

# Erste Schritte: Zielgruppen bestimmen und Schwerpunkte setzen



Wurde von den rechtskreisübergreifenden Kooperationspartnern ein Personenkreis definiert, der betreut werden soll?



Personenkreis definiert

- Ja
- ist in Erarbeitung
- Nein

November 2017 (N=13 )

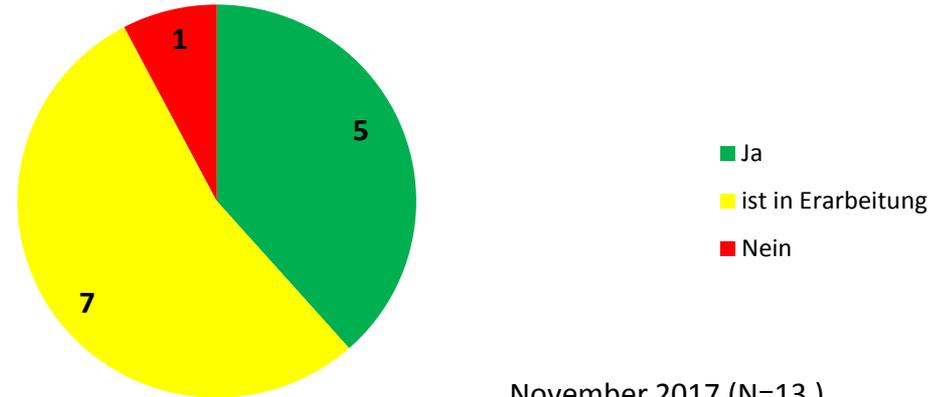
Wenn zutreffend – welche Zielgruppe(n) sollen besonders berücksichtigt werden?  
(offenes Antwortfeld)

Zielgruppe (zusätzliche Schwerpunkte)	Häufigkeit
Eltern und Erziehungsberechtigte	6x
Junge Menschen mit erhöhtem Förderbedarf/ individuellen Benachteiligungen	5x
Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete	4x
Unternehmen und Personalverantwortliche	4x
Schulen und (BO-) Lehrer/innen	3 x
Junge Menschen mit Behinderung	2 x
Förderschüler/innen	2 x

# Erste Schritte: Übersicht verschaffen, Angebot vereinbaren

## Einheitliche Übersicht über Bedarfslagen und Maßnahmen

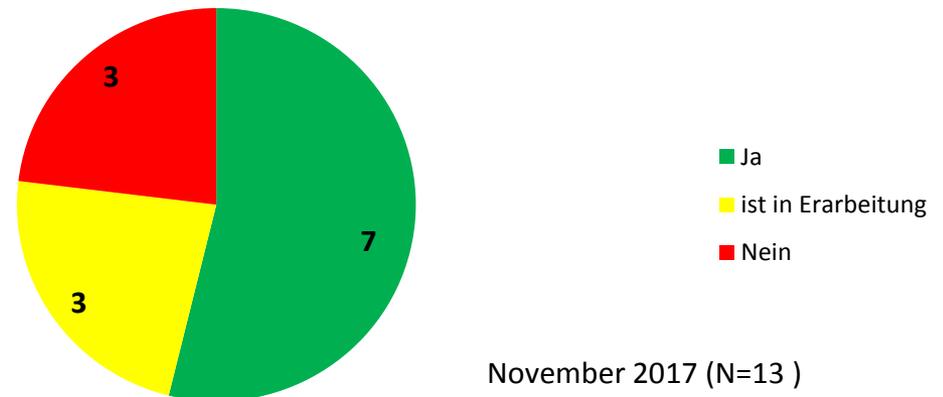
Trägerübergreifende, einheitliche und strukturierte Übersicht über die Bedarfslagen und die zur Verfügung stehenden Maßnahmen und Hilfsangebote?



November 2017 (N=13 )

## Fester Katalog an Leistungen der Rechtskreise SGB II, III, VIII

Festen Katalog an Leistungen, die von den Rechtskreisen SGB II, SGB III und SGB VIII im Rahmen des Arbeitsbündnisses erbracht werden?



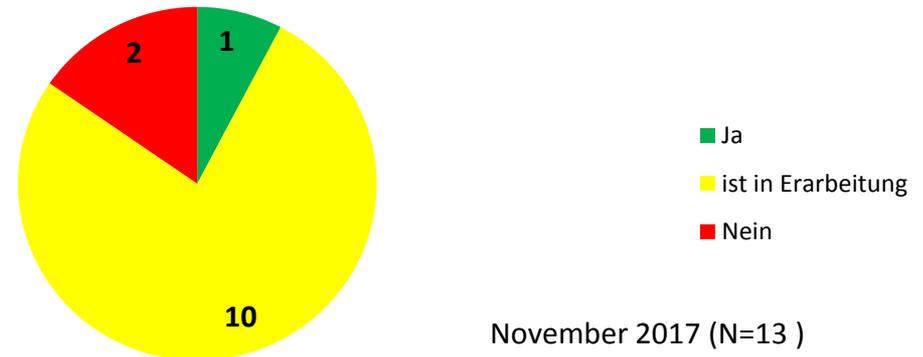
November 2017 (N=13 )

## Weitere Schritte: Passgenau beraten, begleiten, unterstützen

Werden individuelle Handlungsbedarfe und Vermittlungshemmnisse bereits koordiniert bearbeitet und Fördermaßnahmen abgestimmt angeboten?

Falls nicht zutreffend oder noch in Erarbeitung:  
Welche konkreten Schritte müssen hierzu noch erfolgen?  
(offenes Antwortfeld)

### Koordiniertes Bearbeiten von individuellen Handlungsbedarfen / abgestimmte Angebote



- *Kommunikationsformate festlegen und praktisch erproben*
- *Kenntnis über tatsächliche Bedarfe und vorhandene Angebote gewinnen*
- *Konkrete Prozesse und Handlungsläufe erarbeiten und umsetzen (Schnittstellenkonzepte)*
- *Leitfaden/Handbuch zum Thema Case-Management entwickeln*
- *Mitarbeitende zu gemeinsamen Fallbesprechungen schulen*
- *Konzepte gemeinsam erproben*
- *Datenbank erstellen und Fragen des Datenschutzes klären*

# Mindestqualitätsstandards RÜMSA



Richtlinie setzt Maßstäbe zur Zielsetzung und zu Zielgruppen

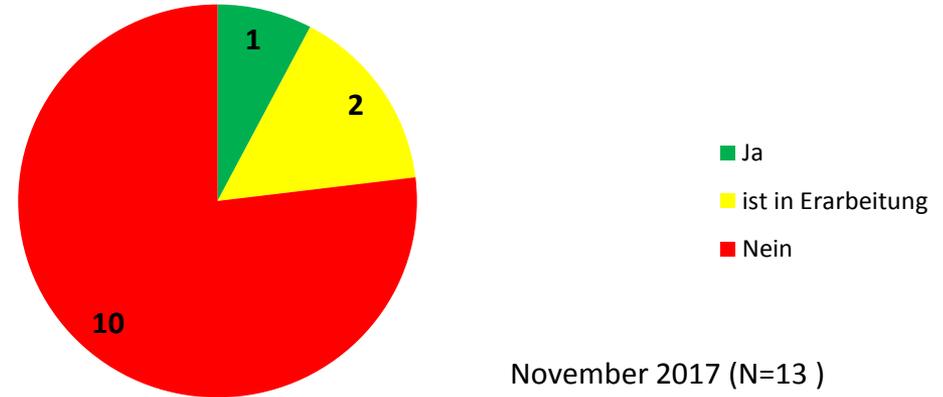
Voraussetzungen zur Beteiligung :

- **Kooperationsvereinbarung** zwischen Kommune, zkt/gE und Agentur für Arbeit unter verbindlicher **Einbindung der Schulen**
- **Umsetzungskonzept**, u.a. mit den Bestandteilen:
  - Analyse der Ausgangslage mit Ableitung von Handlungsbedarfen (z.B. Fachkräftesituation, Schulverweigerung, Ausbildungsabbrüche, Migration/Flucht).
  - Darstellung der konkreten Aktivitäten zum Aufbau des One-Stop-Governments.
  - Darstellung des Zusammenwirkens mit Bundes- und Landesprogrammen.
  - Darstellung der Aktivitäten zur Verstetigung der aufgebauten Strukturen.
- **Zielvereinbarung** der Partner mit Angabe von Zielterminen, nachprüfbaren Indikatoren und Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Rollen.

# Herausforderungen: Qualitätsstandards festlegen, Erfolg messen

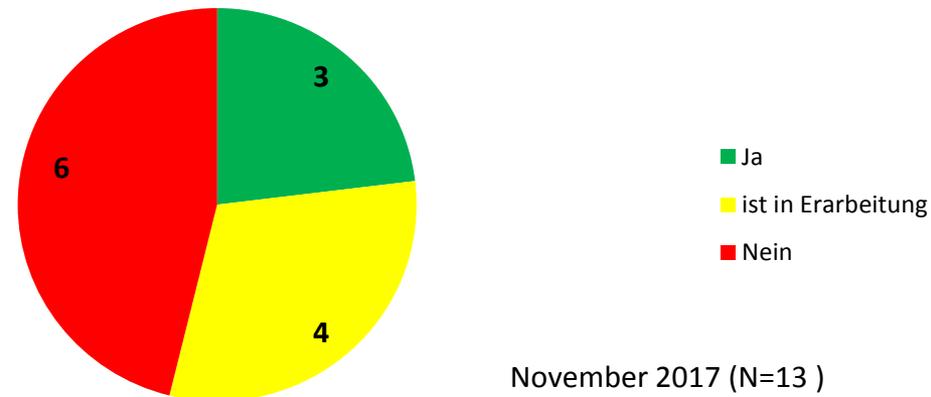
## Verständigung über gemeinsame Qualitätsstandards Forschungsinstitut Betriebliche Bildung

Es besteht ein einheitliches Verständnis über gemeinsame dokumentierte Qualitätsstandards bei der Maßnahmedurchführung



## Erfolg der Fördermaßnahmen wird regelmäßig geprüft?

Wird der Erfolg der gemeinsamen Fördermaßnahmen regelmäßig geprüft?





## **These 2:**

**Ein Anreizsystem beschleunigt oder ermöglicht erst ein kommunales Bündnis.**

**...für zusätzliche Personal- und Sachmittelressourcen  
(Koordinierung, kollegialer Erfahrungsaustausch u.a.).**

**...für Unterstützungsangebote (Fortbildung u.a.).**

**...für spezifische Angebote (Lücken schließen).**

# Anreizsystem für kommunale Ebene



Beispiele aus anderen Bundesländern	Jeder Partner bringt eigene Ressourcen ein. Zusätzliche Mittel können aus der Richtlinie beantragt werden.
Zusätzliche Personalressourcen Zur Verfügungstellung von Räumlichkeiten Zentrale Öffentlichkeitsarbeit	Fördervoraussetzung: a) Kooperationsvereinbarung der drei Rechtskreise unter Einbindung von Schulen b) Umsetzungskonzept c) Zielvereinbarung (mit Terminen, Indikatoren, Verantwortlichkeiten)
	Förderung von zusätzlichen Personal- u. Sachmitteln für Koordinierungsstellen in Kommunen, Sachmittel für Fortbildung
	Förderung zentraler und lokaler Öffentlichkeitsarbeit und von mobilen und virtuellen Beratungsangeboten
	Regionale Förderbudgets (Lücken schließen)

# Koordination als Motor

## Koordination...

- ...für “Sekretariats-/Servicefunktionen“ für ÖA, Gremien, Bestandaufnahmen, Fortbildung, Erstellung von Übersichten und Planungen etc.
- ...als klare Anlaufstelle für Schulen und weitere Akteure („Gesicht nach außen“).
- ...als „Übersetzung“/Moderation zwischen den Rechtskreisen.
- ...als impulsgebende Instanz.



## **These 3:**

**Integration bestehender Strukturen erleichtert den Aufbau und führt schneller zur Akzeptanz.**

**Abstimmung vor Implementierung!  
Nachsteuerung ist kompliziert und schwierig.**



# Einbeziehung vorhandener Strukturen

## Beispiel:

### Einbezug von Bundes- und Landesprogrammen in Sachsen-Anhalt

Durch **thematische Fachgruppen** (themenbezogener) Einbezug von Akteuren aus den relevanten Bundes- und Landesprogrammen vor Ort in rechtskreisübergreifenden Arbeitsgremien. (Netzwerkstellen überregional, durchführende Träger lokal.)

Führt zu Synergieeffekten und der Vermeidung von Doppelstrukturen und Förderlücken.



KAUSA Servicestelle  
Sachsen-Anhalt Süd

Ausbildung - jetzt!



### Sachsen-Anhalt STABIL

**STABIL** = **S**elbstfindung - **T**raining - **A**nleitung - **B**etreuung - **I**nitiative - **L**ernen

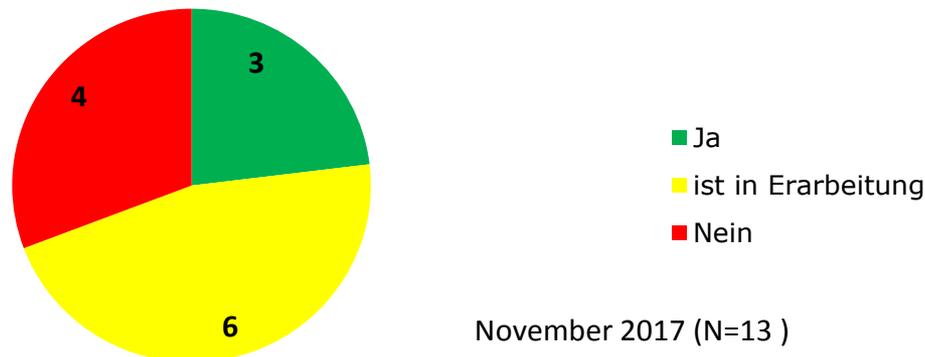
# Einbeziehung vorhandener Strukturen

## Beispiel:

## Angebot sozialintegrativer Leistungen in Sachsen-Anhalt

- Sozialintegrative Leistungen kein „Pflichtbestandteil“ des Angebots
- Drei von 13 Arbeitsbündnissen haben bereits entsprechende Angebote, bei sechs weiteren sollen diese bis 2020 geschaffen werden
- Bsp. Halle: Neben Schuldnerberatung werden auch weitere Angebote zur Bewältigung weiterer Problemlagen (z.B. Gesundheit, Wohnsituation) durch entsprechende Präsenzzeiten vorgehalten

### Einbezug kommunaler Eingliederungsleistungen (z.B. Schuldnerberatung, Suchtberatung)



November 2017 (N=13 )



## **These 4:**

**Die gemeinsame Fallberatung und  
Angebotsplanung ist die größte Herausforderung.**

**Mehr Flexibilität der Instrumente für eine (individuell)  
bedarfsgerechte Umsetzung.**

# Gemeinsame Fallberatung und Angebotsplanung

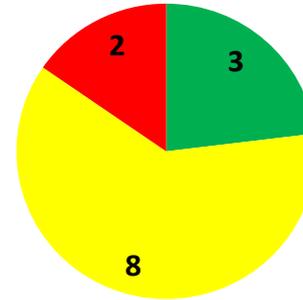
	Erprobungs- und Regelungsbedarf
Generell:	Was ist passgenau? Steht das geeignete Angebot zur Verfügung? Sind alle Angebote bekannt? Wer trägt die Kosten? Wer ist für die Qualitätssicherung der Umsetzung verantwortlich? Wie und wie schnell können zusätzlich erforderliche Angebote initiiert werden? <b>Datenschutz im Beratungsverlauf!</b>
Fallberatung	Verfahren, Dokumentation, Einbeziehung Dritter
Fallmanagement	Nur Aufgabe des Jobcenters? Geeignete Kooperationsmodelle?
Angebotsplanung	Flexibilität der SGB-Instrumente, Integration von Landes- und Bundesprogrammen, Verlässlichkeit der Finanzierung und Durchführung, ausreichende Dauer

## Fälle übergeben und gemeinsam bearbeiten

### Fallsteuerung/-übergabe ist etabliert

Ist der Geschäftsprozess Fallsteuerung/Fallübergabe etabliert und die Einschaltung anderer Leistungs,- Hilfe- und Unterstützungssysteme geregelt?

Wenn ja – was sind die Erfolgsfaktoren und Herausforderungen?  
(offenes Antwortfeld)



■ Ja  
■ ist in Erarbeitung  
■ Nein

November 2017 (N=13)

- „Mission“: klare Rollenverteilung; gegenseitige Kenntnisnahme der Problemlagen
  - „Kommunikation“: gute Transparenz, gute Kommunikation, gute technische Infrastruktur, keine Sprachbarrieren
  - räumliche Nähe
  - Bereitschaft der Mitarbeitenden, positive Erlebnisse in der gemeinsamen Fallbearbeitung
- 
- „Mission“: Unterschiede in der Zielstellung, Strategieentwicklung
  - Aufwand: Zeit, Komplexität der Fälle, Termindruck
  - Gleichzeitige Präsenz bzw. Erreichbarkeit der Kolleg/-innen



# **These 5: Kooperationsbündnisse sind wichtiges Steuerungsinstrument kommunaler Daseinsvorsorge.**

**Sie benötigen eine bessere gesetzliche Verankerung.  
Nachhaltigkeit schaffen ohne Abhängigkeit von „Personen“.**



**Vielen Dank für Ihr Interesse!**